

Rezensionen



Sebastian Lentz (ed.)

Restructuring Eastern Germany.

German Annual of Spatial Research and Policy

Berlin, Heidelberg: Springer-Verlag 2007

Mit dem „German Annual of Spatial Research and Policy“ bringen die Institute des deutschen raumwissenschaftlichen Netzwerks 4R (Akademie für Raumforschung und Landesplanung – ARL; Leibniz-Institut für Länderkunde – IfL; Leibniz-Institut für Ökologische Raumentwicklung – IÖR; Leibniz-Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung – IRS) gemeinsam mit dem Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung eine neue, englischsprachige Publikationsreihe auf den Weg. Die schwere Aufgabe des Herausgebers hat Prof. Dr. Sebastian Lentz vom IfL übernommen. Diese Initiative ist sehr zu begrüßen, zumal die Raumwissenschaft in Deutschland eine lange Tradition und zudem in den letzten Jahren viele neue Probleme zu bewältigen hat, sei es in den hoch verdichteten und stark entwickelten Gebieten des Westens oder den strukturschwachen und sich entleerenden Gebieten des Ostens. Eine Veröffentlichung der wichtigsten Forschungsergebnisse und des aktuellen Diskussionsstandes in diesem Wissens- und Politikbereich in Deutschland auch in englischer Sprache ist für das internationale Fachpublikum wichtig und wertvoll.

Der erste Band der neuen Reihe ist den räumlichen Aspekten der Transformation in Ostdeutschland gewidmet. „Aufbau Ost“ ist wahrscheinlich das größte Projekt in der Weltgeschichte der Regionalpolitik (ca. 85 Mrd. € pro Jahr). In einem etwa zweihundertseitigen Werk lässt sich zweifellos nicht alles abhandeln. Dem siebzehnköpfigen Team ist es jedoch gelungen, in zwölf Beiträgen die raumrelevanten Schwerpunkte dieses Projekts kompetent zu erörtern. Schon die Auswahl der Themen ist für den ausländischen Leser bemerkenswert. Drei Herausforderungen der „neuen Länder“ stehen im Vordergrund: (1) Finanzknappheit der öffentlichen Hand und Sicherung gleichwertiger

Lebensbedingungen, (2) demographischer Wandel – Alterung und Auswanderung, (3) Wirtschaftswachstum unter den Bedingungen der Globalisierung und der Osterweiterung der Europäischen Union.

Im ersten Beitrag analysieren Michael Schädlich und Gerald Wagner die neuen Herausforderungen der Wirtschaftspolitik in Ostdeutschland und den diesbezüglichen fachlichen Diskussionsstand. Sie stellen fest, dass die bisherigen regionalpolitischen Maßnahmen deutlich versagt haben. Das Wachstum ist niedriger und die Arbeitslosigkeit höher als erwartet, und die Tendenzen dieser beiden Indikatoren sind auch nicht positiv. Hinzu kommt die wachsende Polarisierung der Entwicklung in Ostdeutschland. In der räumlichen Struktur der Wirtschaft sehen die Autoren kaum Veränderungen gegenüber alten DDR-Zeiten. In Zukunft sollte die finanzielle Hilfe weniger direkt in die privaten Unternehmen fließen, sondern viel mehr in den Ausbau des allgemeinen wirtschaftlichen Umfelds (*business environment*), vor allem in die Bildung von konkurrenzfähigen Clustern. Und in den peripheren ländlichen Gebieten sollte das Prinzip der gleichwertigen Lebensbedingungen flexibler umgesetzt werden.

Karl-Dieter Keim zeigt in seinem Beitrag die Schwierigkeiten der Evaluierung von komplexen politischen Programmen wie z. B. „Aufbau Ost“ auf. Für die Analyse des Transformationsprozesses in Ostdeutschland benutzt er verschiedene Ansätze der Politikforschung: policy windows, policy networks, policy topics, policy impacts. Die bisherigen „Erfolgsmeldungen“ kritisiert er und fordert eine neue, unabhängige Institution, die eine kompetentere Erforschung der „Aufbau Ost“-Politik einleiten und notwendige Korrekturen vorschlagen könnte.

Rupert Kawka fragt in seinem Aufsatz, ob die regionalen Disparitäten aus DDR-Zeiten heute noch von Gewicht sind. Für die Erklärung der regionalen Differenzierung des Wachstums des Bruttosozialprodukts pro Kopf in Ostdeutschland nach der Wiedervereinigung greift er auf das Konzept der Pfadabhängigkeit bzw. Persistenz zurück. Mangels Daten aus der DDR-Zeit beschränkt sich seine Analyse auf die Indikatoren Industriebeschäftigung, Beschäftigtenqualifikation (Akademikeranteil), Entwicklung im privaten Unternehmensbereich (Selbständigenanteil) und Bevölkerungsdichte. Die Regressionsanalyse zeigt dabei, dass eine gewisse Persistenz der Entwicklungsfaktoren in Ostdeutschland nachweisbar ist: Die zu Beginn der Transformation bzw. zu Ende der DDR-Zeit „starken“ Regionen haben unter den neuen Bedingungen bessere Entwicklungschancen.

Markus Eltges und Wendelin Strubelt befassen sich mit dem Thema der gleichwertigen Lebensbedingungen, dem aktuellsten im Diskurs über Ostdeutschland. Sie stellen das deutsche System der öffentlichen Finanzen vor und dessen Rolle bei der Angleichung der Lebensbedingungen in beiden Teilen Deutschlands, einem wichtigen Staatsziel nach der Wiedervereinigung. Angesichts der wachsenden Defizite aller öffentlichen Haushalte rufen sie zu fortgesetzter Solidarität der Länder und Regionen in Deutschland untereinander auf und begründen dies mit historischen Argumenten. Zudem fordern sie eine stärkere Ausrichtung der öffentlichen Mittel auf Wachstum statt auf Wohlstand.

Die öffentlichen Unterstützungsmaßnahmen für Ostdeutschland im Sinne einer interregionalen Entwicklungspolitik stehen im Zentrum des Beitrags von Martin T.W. Rosenfeld. Der Autor präsentiert die bisherigen Aktivitäten in diesem Bereich, kritisiert sie als wenig effektiv und schlägt eine mehr auf Effizienz und einzelne hoffnungsvolle Projekte und Gebiete gezielte Subventionspolitik vor.

Das größte Problemfeld für Ostdeutschland bildet, neben den hinterfragungswürdigen Erfolgen des Großprojekts „Aufbau Ost“, der demographische Wandel samt seinen Folgen. Günter Herfert und Sebastian Lentz belegen mit zahlreichen Karten die Entwicklungslinien bei Bevölkerungsentwicklung, Binnenwanderung und Altersstruktur in Gesamtdeutschland für den Zeitraum 1990 bis 1998. Die Struktur des demographischen Wandels in Ostdeutschland hat sich in den letzten 15 Jahren mehrfach geändert. Entscheidend ist die Auswanderung junger Leute in die alten Bundesländer, vor allem in die Metropolen. Die ostdeutschen Großstädte spielen für diese Wanderer eher die Rolle von Zwischen- (z.B. als günstige Studienorte) denn

von Endstationen. Seit Ende der 1990er Jahre sind die Stadtkerne viel attraktiver geworden, was die Suburbanisierungsprozesse abgeschwächt hat.

Der Beitrag von Ulf Matthiesen ist dem Humankapital als Entwicklungsfaktor Ostdeutschlands gewidmet. Der Autor begreift die ostdeutsche Gesellschaft als eine gleichzeitig post-traditionale und post-sozialistische Wissensgesellschaft. Die ostdeutschen Regionen werden als spezifische lernende Regionen beschrieben. Dennoch: Der Prozess der Auswanderung von jungen, ausgebildeten und innovativen Menschen hält nicht an. Um diese Situation zu verbessern, werden regionale und lokale Lösungen gefordert, die räumlich und strukturell besser an konkrete Fälle angepasst sind.

Schrumpfende Städte und Stadtumbau als „Gegengift“ sind ein wichtiges Problem- und Handlungsfeld in den neuen Bundesländern. Manfred Kühn und Heike Liebmann vergleichen in ihrer Studie die Strategien des Stadtumbaus in Nordengland (Manchester) und Ostdeutschland (Leipzig). Die Autoren betonen, dass die englische Stadtumbaupolitik viel aktiver und in der Folge erfolgreicher war. Eine entscheidende Rolle spielt die gute Partnerschaft zwischen den privaten und öffentlichen Akteuren.

Monika Meyer-Künzel überlegt in ihrem Beitrag, ob Olympische Spiele und Weltausstellungen einen planbaren Nutzen für die Stadtentwicklung haben. Nach einer breiten Vergleichsanalyse zahlreicher Beispiele von ehemaligen und geplanten Großereignissen formuliert sie praktische Hinweise für Stadtplaner.

André Müller stellt die Raumplanungssysteme der neuen EU-Nachbarstaaten Bulgarien, Rumänien (inzwischen EU-Mitglieder), Kroatien, Albanien, Bosnien und Herzegowina, Serbien und Montenegro, Belarus, Moldau, Ukraine und Russische Föderation vor. Im Kontext der notwendigen Zusammenarbeit mit diesen Ländern in den Grenzzonen sind diesbezügliche Kenntnisse wichtig. Der Autor charakterisiert kurz die laufenden EU-Projekte in diesem Bereich und stellt fest, dass die Planungsinstitutionen in den Nachbarländern für ihre Teilnahme an solchen Projekten immer noch Hilfe von außen benötigen.

Mit einem ähnlichem Sachverhalt beschäftigen sich Hans-Joachim Kujath und Sabine Zillmer. In ihrem kurzen Beitrag stellen sie die Ergebnisse einer großräumigen Studie aus dem ESPON-Programm 2006 der EU zum Entwicklungspotenzial von Regionen am östlichen Rand der erweiterten Union vor.

Im letzten Beitrag schließlich stellt Burkhard Lange die Ergebnisse eines wissenschaftlichen Kolloquiums vor,

das im April 2005 in Frankfurt/Main stattgefunden hat. Intensiv und kritisch wurden dort die Zusammenhänge zwischen Wissensgesellschaft und Raumentwicklung erörtert und analysiert.

Dieser erste Band der Reihe „German Annual of Spatial Research and Policy“ vermittelt ein gutes Bild von der Raumplanung und ihrem Wissen über die gravierenden Probleme der Transformation in Ostdeutschland, aber auch von der Denkweise und dem Zeitgeist

der deutschen Regionalpolitik 15 Jahre nach der Wiedervereinigung. Die ausländischen Leser, vor allem Planer, würden bestimmt andere Schlussfolgerungen ziehen. Dieses Buch provoziert zu Kommentaren und einer Diskussion.

Marek Dutkowski (Szczecin, Polen)



Kathleen Ernst

Standortsteuerung durch Landesplanung und kommunale Bauleitplanung

Berlin: Duncker&Humblot 2006. = Schriftenreihe zum Öffentlichen Recht, Bd. 1047

Die Arbeit war im Wintersemester 2005/06 von der Juristischen Fakultät der Ludwig-Maximilians-Universität zu München als Dissertation angenommen worden und ist in der vorliegenden Fassung vereinzelt um später erschienene Rechtsprechung und Literatur ergänzt. Sie befasst sich schwerpunktmäßig mit dem Thema der hoheitlichen Einflussnahme auf die Standortwahl Privater, dargestellt am Beispiel der Factory Outlet Center, stellt dieses Thema aber in dem weiten Rahmen des Spannungsfelds von Planung und Recht dar. Die sinnvoll und tief gegliederten Ausführungen zeichnen sich durch ein hohes fachliches und sprachliches Niveau aus, das Planer, Juristen, Projektträger sowie Vertreter der Kommunal- und Landespolitik in gleichem Maß verständlich ansprechen kann. Die Arbeit ist auch im Hinblick auf die umfassenden und weiterführenden Hinweise auf Rechtsprechung und Literatur eine Fundgrube für die genannten Zielgruppen, für Wissenschaft und Praxis. Sie behandelt ein Thema, das wirtschafts- und strukturpolitisch ebenso wie ordnungs- und entwicklungspolitisch hochaktuell ist. Dementsprechend sind die juristischen Ausführungen nicht nur rechtsdogmatisch, sondern auch rechtspolitisch angelegt, so dass sie sowohl zur Handhabung anhängiger Einzelfälle wie auch als Material etwa für die Aufstellung neuer landesplanerischer Ziele oder den Erlass von Verwaltungsvorschriften herangezogen werden können.

Dem Verständnis der rechtlichen Ableitungen kommt es sehr zugute, dass die Arbeit eingangs und auch unter Einbeziehung der Kenntnisse der Marktforschung umfassend den zurückliegenden und laufenden Strukturwandel im Einzelhandel darlegt. Ebenso werden geänderte Einkaufsgewohnheiten und neuartige Vermarktungsformen beschrieben und in ihren Auswirkungen bewertet. Dass dabei die Betriebsform des Factory Outlet Center eine besondere Berücksichtigung erfährt, stellt eine durchlaufende Perspektive der ganzen Arbeit dar.

Bevor die Möglichkeiten und Grenzen einer standortbezogenen Steuerung durch die öffentliche Hand erörtert werden, bietet die Arbeit fast wie in einem Lehrbuch für Raumordnung einen eingehenden Überblick über Aufgaben, Rechtsgrundlagen und Instrumente von Raumordnung, Landes- und Regionalplanung. Dabei wird nicht versäumt, beispielhaft immer wieder auf die Relevanz speziell für Standortfragen von Einzelhandelsgroßprojekten einzugehen. Besondere Aufmerksamkeit wird dem Zentralörtlichen System geschenkt, mit dem Ergebnis, dass dieses Prinzip aus sich heraus die Annahme eines Konkurrenz- und eines Integrationsgebots für die Zulassung von Einzelhandelsgroßprojekten nicht trägt und dass das Beeinträchtigungsverbot jedenfalls für Betriebsformen wie das Factory Outlet Center nicht ohne weiteres herangezogen

werden kann. Soweit es um mögliche Inhalte und die Auslegung einzelhandelsbezogener landesplanerischer Ziele geht, warnt die Arbeit vor zu großer Regeldichte, vor unvertretbarer Beeinträchtigung des freien Wettbewerbs und der kommunalen Planungshoheit sowie vor Inflexibilität als Kontrapunkt zur rahmensetzenden Aufgabe der raumbezogenen Planung.

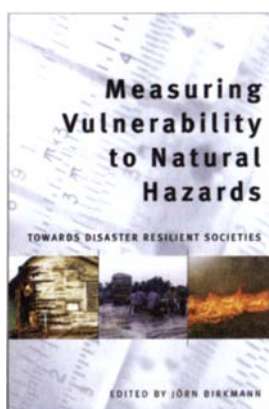
Eine zentrale Aussage der Arbeit lautet, dass das Landesplanungsrecht weder als „Schutzwallrecht“ des mittelständischen innerstädtischen Einzelhandels gegen die Zulassung von Konkurrenz in der Nachbarschaft verstanden werden noch zu einer Steuerung des interkommunalen Wettbewerbs um die Ansiedlung von Gewerbebetrieben führen darf. Entsprechend der generellen Linie der Arbeit, überörtliche Steuerungsbefugnisse auf rahmensetzende Vorgaben zu beschränken, werden bei der Erörterung der Grenzen des Beeinträchtigungsverbots Zielsetzungen als unzulässig erachtet, die ohne Beachtung der Besonderheiten des konkreten Einzelfalls auf fixierte Grenzwerte wie beispielsweise Obergrenzen des Kaufkraftabzugs abstellen. Auch das Integrationsgebot wird im Einzelnen einer kritischen Betrachtung unterzogen, wobei im Zusammenhang mit der Beurteilung der Relevanz von Kaufkraftabflüssen aus bestehenden Einzelhandelsstrukturen die Zulässigkeit einer sortimentspezifischen Differenzierung problematisiert wird. In diesem Kontext werden auch Zielvorgaben nicht normativer Art wie ministerielle Einzelhandelserlasse oder Sortimentslisten hinterfragt.

Es ist folgerichtig, dass die Arbeit in einem eigenen Kapitel ausführlich auf die Möglichkeiten kooperativer Handlungsinstrumente wie dem regionalen Einzelhandelskonzept und dem raumordnerischen Vertrag eingeht. In den Schlussfolgerungen zum raumordnerischen Teil wird dann der wohl zu weit gehende Vorschlag gemacht, dass sich die Planung auf Landesebene auf Grundsätze der Raumordnung beschränkt und dass konkretisierende Zielfestlegungen erst auf der Ebene der Regionalplanung getroffen werden.

Das wesentlich kürzere Kapitel über die Steuerung der Ansiedlung von Factory Outlet Center durch städtebauliche Planung befasst sich intensiv und detailliert im Wesentlichen mit Rechtsfragen zur Erforderlichkeit, Aufgabe und zum Ziel der Bauleitplanung, zum innerkommunalen Abstimmungsgebot, zur Sondergebietsausweisung, zur Festsetzung betriebsspezifischer Sortimente und zur Anpassung bestehender Bauleitpläne. Insgesamt wird die Neigung zu dirigistischen Maßnahmen und die häufige zeitliche Verzögerung von Verfahrensabläufen kritisch beleuchtet. Es wird gefordert, die Städtebauförderung nicht mehr als ein Sanktionsinstrument gegen Gemeinden einzusetzen, die außerhalb des innerstädtischen Bereichs großflächigen Einzelhandel ansiedeln.

Das Schlusskapitel „Zusammenfassung und Thesen“ gibt einen guten Überblick über die vielschichtigen und komplizierten Fragen zu Planung und Recht.

Werner Buchner (Pullach)



Jörn Birkmann (ed.)

Measuring Vulnerability to Natural Hazards

Tokyo, New York, Paris: United Nations University Press 2006

(524 pp.)

The occurrence of large natural disasters in recent years has led to an increasing recognition of risks from natural hazards by the public and the media but also by politicians at all spatial levels. In science, however, this topic has been addressed by researchers in various fields for many years. The growing political and public need for natural hazard related research as a basis

for decision making for disaster resilient societies has given this area of research a fresh impetus.

With the anthology "Measuring Vulnerability to Natural Hazards" editor Jörn Birkmann who works as an Academic Officer at the United Nations University Institute for Environment and Human Security (UNU-EHS) focuses on vulnerability as the central element of risk

assessment and management. The editor hypothesises that a paradigm shift is necessary from a technical hazard assessment towards a vulnerability assessment in order to appropriately assess risks and derive appropriate risk management measures. However, the term vulnerability is not commonly defined in the scientific community. Various glossaries show that a wide variety of definitions, concepts and frameworks exist around this term. Previous books about this topic have either focused on certain sectors of vulnerability or integrated different approaches. Thus, it was time to collect, compare, systematise and show the variety of existing approaches.

The book does not start from zero and does not function as just one more publication that discusses the development of the vulnerability concept and its main representatives once again. It moreover presents a variety of recent approaches to measuring vulnerability as this aspect has been defined as a crucial future requirement in 2005 in the *Hyogo Framework for Action 2005–2015: Building the Resilience of Nations and Communities to Disasters*.

The book is structured into five parts with 24 chapters that address various approaches, frameworks and aspects of vulnerability, written by some of the most important authors in this field of research. Following the introduction, the first part of the anthology deals with the concept of vulnerability and especially vulnerability indicators. The second part gives insight to the relationship between vulnerability and environmental change. In the third part, various approaches to measuring vulnerability at different spatial scales – from global to regional – are presented whereas the fourth part focuses on approaches at the local level. Part five deals with specific approaches to capturing and assessing institutional vulnerability, coping capacity and lessons learned.

The collection of different approaches, their systematisation and summarising conclusion as well as the compilation of a comparative glossary alone make this publication highly valuable for all those whose research touches aspects of vulnerability. Birkmann detects six different “schools of vulnerability” to which the articles of the book are associated. These six groups of vulnerability frameworks include an own conceptual framework that was developed at the UNU-EHS and which combines elements from different approaches in a sound and convincing way. Thus, it might very well be a basis for the future UNU-EHS work in this field.

The final chapter of the book is dedicated to a comparative glossary of central terms. The final definition of risk as a function of hazard, vulnerability, resilience/ coping capacity and exposure might still cause some

discussions. However, the author Thywissen (also with the UNU-EHS) bases this conceptualisation on a broad analysis. Thus, it can be somehow seen as a common sense.

The editor and the contributing authors have produced an important milestone on the road to vulnerability assessment. However, after reading the book, it becomes obvious that there is still much work to be done and some questions still remain open. One of the questions that might be answered more precisely in the future work of the scientific community is who exactly needs vulnerability indicators at which level. The question of requirements from the perspective of the end-users of indicators is only addressed in some of the articles (e.g. Queste & Lauwe). In general, however, the end-users are rarely mentioned and their needs are not identified systematically. E.g., spatial planning authorities would additionally need hazard indicators for appropriate prevention measures whereas disaster management units need additional indicators for resilience and exposure for planning immediate response actions. Another open question – that is also asked by the editor – is whether it is always possible to only consider vulnerability without taking into account the hazard. Pelling gives a first answer to this question by pointing at the advantages of hazard-specific versus intrinsic measurements of vulnerability. This, however, shall be discussed more deeply in the future. Another future research need is the integration of technological hazards in vulnerability assessment as Krausmann & Mushtaq suggest. From a spatially oriented point of view it is just not understandable why only the vulnerability to natural hazards shall be measured although in a certain area the vulnerability to technological hazards might be even higher. Finally, a subtle taste remains that the task to develop vulnerability indicators might not be so easily fulfilled – too many approaches are still at the conceptual level. Only in some of the contributions indicators are really developed and applied. In their article Bollin & Hidajat illustrate impressively which large efforts are needed to develop community-based indicators that can really be applied and benefit the end-users.

As a conclusion, the book closes a gap in vulnerability research by systematising and analysing approaches to measuring vulnerability. It answers the questions why vulnerability indicators are needed and which kinds of vulnerability dimensions exist. A task for the future could be to apply the indicators and to carry out case studies that show how vulnerability indicators really influence decision-making.

Mark Fleischhauer (Dortmund)



Belina, Bernd

Raum, Überwachung, Kontrolle: vom staatlichen Zugriff auf städtische Bevölkerung

Münster: Westfälisches Dampfboot 2006

Die vor wenigen Jahren noch äußerst kontrovers diskutierte Video-Überwachung von Straßen und Plätzen ist inzwischen auch in vielen Städten Deutschlands Alltag geworden. In fast jeder größeren Stadt wurden neue Organisationen einer „kommunalen Kriminalprävention“ gegründet und mehrere Bundesländer forcieren eine Neueta-blierung und Verlagerung von Sicherheitspolitiken auf die kommunale und subkommunale Ebene durch Projekte wie „Aufmerksamer Nachbar“ (neighbourhood watch) oder „Freiwillige Polizeihelfer“. Viele dieser neuen Sicherheitspolitiken zielen nicht auf eine Bekämpfung der sozialen Ursachen von Unsicherheit und Kriminalität, sondern verfolgen raumorientierte Strategien mit dem Ziel, „sichere Räume“ zu schaffen. An dieser Beobachtung setzt die äußerst lesenswerte Arbeit des Geographen Bernd Belina an. Der angenehm unprätentiöse Sprachstil sowie die kompakten und klaren Zusammenfassungen der Teilkapitel erleichtern dem Leser den Zugang zu der konzeptionell anspruchsvollen Arbeit.

Im Mittelpunkt der Dissertation stehen „Debatten und Maßnahmen der jüngeren Kriminalpolitik, v.a. in den USA“ (S. 11), die ja vielfach in den hiesigen Debatten als Vorbild oder aber Schreckensszenario herangezogen werden. Bernd Belina will herausarbeiten, welche Rolle „Raum und räumliche Maßstabsebenen“ (ebd.) als Instrument staatlicher Kriminalpolitik spielen. Nicht thematisiert wird die zunehmende Verschränkung von privatwirtschaftlichen, kommunalen und staatlichen Akteuren in der Sicherheitspolitik. Ausgangspunkt der Arbeit ist die These, dass staatliche Kriminalpolitik eine „Methode des Regierens (ist), die direkte und indirekte Zugriffsmöglichkeiten auf die Bevölkerung schafft, die zum Zweck der Reproduktion der gesellschaftlichen Verhältnisse eingesetzt werden und im Kern die kapitalistische Produktionsweise schützen“ (S. 12). Zur Entfaltung dieser These arbeitet Bernd Belina zunächst die Kernaussage der Kritischen Kriminologie heraus: Ein Akt ist nicht per se kriminell, sondern wird erst durch staatliche Definition zu einem kriminellen Akt. Er unterscheidet damit die letztlich unbestimmbare „soziale

Kontrolle‘ als Voraussetzung von Gesellschaft“ von der Kontrolle durch den Staat, deren Kernanliegen er im „Schutz des Privateigentums und jener von Leib und Leben“ (S. 15) sieht. In einem kurzen Exkurs erläutert Belina die zugrunde gelegte marxistische Staatstheorie: Der Staat hat danach die Funktion, als eine über den Privatinteressen stehende Instanz die jeweiligen Revenuequellen zu schützen (S. 17). Das Regieren mittels Kriminalpolitik (governing through crime) greift nach Belina auf zwei Strategien zurück: erstens den direkten Zugriff auf Subjekte (z.B. Personenkontrollen, Inhaftierung, Aufenthaltsverbote) und zweitens durch eine „Ideologieproduktion“, welche Bedrohungsszenarien entwerfe und damit Gesellschaft steure (S. 23).

Die Stärken der Arbeit liegen v.a. im dritten Kapitel mit dem Titel „Raumstrategie und Skalenstrategie“. In überzeugender Weise kritisiert Bernd Belina dabei zunächst die äußerst abstrakten Vorstellungen einer „Renaissance des Raumes“, wie sie im Rahmen des sogenannten „spatial turn“ vielfach festgestellt bzw. gefordert wird. Belina will gerade nicht Aussagen über „den Raum an sich entwickeln“. Ihm geht es vielmehr darum, die Konstitution von Räumen bzw. von Maßstabsebenen als „zweckorientiert eingesetzte Mittel“ (S. 26, Hervorhebung i. Orig.) zu analysieren. Derselbe Mechanismus finde sich auch in „symbolischen Bezügen auf Räume und deren Bedeutungen“ (ebd.). Belina kritisiert die häufig vage Vorstellung einer Wiederentdeckung des Raumes und sieht dabei die Gefahr eines „Raumfetischismus“, bei dem der Raum als etwas außer der Gesellschaft stehendes konzeptionalisiert wird, das auf diese einwirke. Nun ist die Kritik an einer Essentialisierung von Raum nicht vollkommen neu. In der deutschsprachigen Geographie liegen dazu Arbeiten mit systemtheoretischem (bspw. von Helmut Klüter), handlungstheoretischem (bspw. von Benno Werlen) und diskurstheoretischem Hintergrund (bspw. von Paul Reuber) vor, mit denen sich Bernd Belina leider nur sehr kurz auseinandersetzt. Eine detailliertere Diskussion sowie v.a. die Berücksichtigung neuerer Publikationen (bspw. Miggelbrink/Redepenning 2004,

Schlottmann 2005, Mattissek 2005) hätte die Anschlussfähigkeit verbessern und damit noch anschaulicher machen können, worin die Bedeutung der Konzeption von Belina liegt: Raum wird hier als *Instrument* des Regierens konzeptionalisiert.

Belina geht es also um die Herstellung von Raum, um „räumliche Praxen“. Er verwirft die dreifache Differenzierung von Henri Lefebvre (*espace perçu, conçu und vécu*) und unterscheidet ausschließlich zwischen Materialität und Bedeutung: „Raum ist sowohl in seiner Materialität als auch in seiner Bedeutung durch räumliche Praxen produziert, kann kontrolliert werden und wird praktisch angeeignet“ (S. 45). In der von Belina eingenommenen polit-ökonomischen Perspektive weist er drei Akteuren eine herausragende Rolle zu: das Kapital produziert Raum zur Profitmaximierung, Private können Raum entweder ebenfalls als Wertanlage betrachten, sind aber immer auch an seinem Gebrauchswert interessiert (zum Wohnen, Erholen etc.), und der Staat produziert Raum mit dem Zweck, die Reproduktion der Produktionsverhältnisse und seine Machtstellung zu sichern. Von *Raumstrategien* spricht Bernd Belina, „wenn räumliche Praxen gegen andere eingesetzt werden“ (S. 65). Daneben unterscheidet er Skalenstrategien: „Die Zuordnung verschiedener Aktivitäten zu unterschiedlichen Maßstabsebenen ist kein Zufall, sondern das Ergebnis sozialer Praxen, mittels derer Zwecke verfolgt werden“ (S. 78). Der Autor bietet damit einen gut durchdachten und originellen Beitrag zur Fachdiskussion in Geographie und Stadtforschung.

Belina will den Staat dabei nicht als „monolithischen Block“ verstanden wissen, sondern als „eine von Widersprüchen und Partikularinteressen durchzogene, historischen Veränderungen unterworfenene Institution“ (S. 16). Die skizzierte Konzeptionalisierung führt jedoch dazu, dass die „Zwecke“ staatlichen Handelns feststehen. Die historisch kontingente Herstellung einer Institution Staat, die Widersprüche innerhalb dieser Institution sowie die vielfältigen und teilweise paradoxen Praktiken von Akteuren, die sich der staatlichen Sphäre zurechnen bzw. die ihr zugerechnet werden, werden damit nur als letztlich sekundäre Variationen eines feststehenden Modells gefasst. Auch die Interessen aller Beteiligten scheinen von vornherein determiniert. Diese Konzeption stößt beispielsweise an Grenzen, wenn Videoüberwachung öffentlicher Straßen und Plätzen auf überwiegende Zustimmung in der Bevölkerung trifft – wie das verschiedene Umfragen in jüngster Zeit zeigen. Von *Raumstrategien* könnte Bernd Belina dann eigentlich nur noch sprechen, wenn er davon ausgeht, dass weite Teile der Gesellschaft dabei nicht ihre „wahren Interessen“ verfolgen, die ihm als Wissen-

schaftler aber zugänglich sind. Für die Ausarbeitung des Konzepts „*Raumstrategien*“ erscheint daher eine vertiefte Auseinandersetzung mit dem Hegemoniebegriff bei Antonio Gramsci sinnvoll. Bislang werden die Zusammenhänge zwischen polit-ökonomischen Veränderungen, Zwecken, Interessen und der Konstitution von *Raumstrategien* etwas mechanisch gezeichnet, so dass diese fast als logische und zwingende Konsequenz erscheinen müssen. Paradoxerweise – und sicherlich entgegen der Intentionen von Bernd Belina – besteht damit das Risiko, dass *Entscheidungen* innerhalb von politischen Prozessen kaum ins Blickfeld der Analyse kommen. Eine Integration der Hegemonietheorie von Laclau und Mouffe böte hier die Chance, die Kontingenzen bei der Durchsetzung hegemonialer Diskurse in den Analysefokus zu nehmen und damit Hegemonie weniger als eine logische Konsequenz zu fassen, sondern vielmehr als einen Prozess, der Entscheidungen beinhaltet und damit nicht kausal, sondern politisch ist.

Im vierten Kapitel wendet sich Belina der Kriminalpolitik zu und untersucht, wie innerhalb neuer Kriminalpolitiken „*Raumideologien*“ und „*Praxen der Raumkontrolle*“ strategisch eingesetzt werden (S. 81). Ausgangspunkt ist dabei die Beobachtung, dass Kriminalität und Unsicherheit regelmäßig mit bestimmten Räumen (Straßen, Plätzen, Vierteln etc.) verknüpft werden. In einem Exkurs zeigt Belina zunächst, dass es keine objektive Messung von Kriminalität geben kann, da zwischen einer sozialen Praxis und deren Erscheinen in der Kriminalstatistik fünf „Filter“ liegen (die Gesetzeslage: Welcher Akt wird gesetzlich als kriminell definiert?, die Wahrnehmung: Welcher dieser Akte wird als kriminell wahrgenommen?, das Anzeigeverhalten: Welcher dieser Akte wird angezeigt?, die Anzeigenaufnahme: Welcher dieser Akte wird von der Polizei bearbeitet? und die Datensammlung: Welcher dieser Akte wird in die Statistik aufgenommen?). Alle diese fünf Filter ändern sich je nach sozialem Kontext und machen auf diese Weise Kriminalstatistiken und die Bestimmung „*krimineller Räume*“ zu einem höchst problematischen Instrument, das vielfach aus strategischen Gründen verwendet wird. Auch die Forschungen zur Kriminalitätsfurcht und Unsicherheitswahrnehmung beurteilt Belina aus der Perspektive der empirischen Sozialforschung als unbefriedigend, insbesondere, wenn sie (naiv oder strategisch) zur Bestimmung „*unsicherer*“ oder „*krimineller Orte*“ herangezogen werden. Bernd Belina plädiert vor diesem Hintergrund dafür, die Forschung zu raumbezogener Unsicherheit stärker auf Praktiken zu konzentrieren. So schlägt er vor, das Meiden bestimmter Gegenden oder die Warnung vor bestimmten Gegenden zu erforschen. Empirische Beispiele oder konkrete Vorschläge für entspre-

chende Projekte bietet er allerdings leider nicht. Eine entscheidende Rolle bei der Konstitution krimineller Räume weist er der Politik und den Medien zu, die in „Moralpaniken (...) Angst vor bestimmten Gruppen oder Verhaltensweisen“ schürten (S. 101). Belina geht davon aus, dass sich in der Kriminalpolitik eine zunehmende Abstraktion vom kriminalisierten Akt beobachten lässt: Wurde zunächst der Akt sanktioniert, so lässt sich später die Konstitution der Vorstellung krimineller Subjekte und krimineller Gruppen feststellen sowie schließlich die Vorstellung krimineller Räume, welche Belina als „strategisch eingesetzte[s] Mittel zur sozialen Kontrolle von Individuen und Gruppen“ (S. 123) interpretiert. Zweck der Kriminalisierung von Raum ist dabei, von den Intentionen und sozialen Verhältnissen abstrahieren zu können und Kriminalpolitik damit auf Verwaltung (anstatt Veränderung) auszurichten (S. 133).

Als empirische Beispiele untersucht Belina, wie *Broken Windows*, *Zero Tolerance* und *New York* als Schlagworte für bestimmte Raumideologien stehen. Auf der Basis von Textanalysen möchte er zum einen auf die Intentionen der Urheber dieser Schlagworte schließen und zum anderen auch die Verwendung der Begriffe als Raumideologie klären. Für *Broken Windows* arbeitet Belina überzeugend heraus, wie mit der Vorstellung, dass „unordentliche“ Straßenzüge mangelnde soziale Kontrolle signalisieren und damit Kriminalität anziehen, ein räumlich selektiver Zugriff staatlicher Kontrolle und Überwachung legitimiert wird. Er fasst diese Strategie als „governing through crime through space“ zusammen. Die Analysen zu den Schlagworten *Zero Tolerance* und *New York* liefern ebenfalls interessante Hintergründe zur Etablierung neuer Kriminalpolitiken. Die Einordnung in das Konzept der Raumideologien gelingt dabei allerdings nicht ganz so zwingend wie bei *Broken Windows*. So zeigt die Rekonstruktion kriminalpolitischer Debatten in Baltimore, dass *New York* als Metapher für den (vermeintlichen) Erfolg der Verschärfung der Kriminalpolitik verwendet wird. Dieser Begriff steht also schlagwortartig für einen bestimmten Politikstil, reduziert damit Komplexität und kann in Anlehnung an systemtheoretisch informierte Arbeiten in der deutschen Geographie als Raumsemantik interpretiert werden. Letztlich könnte er aber auch durch eine „nicht-räumliche“ Metapher ausgetauscht werden – beispielsweise durch den Namen eines Politikers, der für einen solchen Politikstil steht (bspw. Rudolph Giuliani oder in Deutschland Ronald Schill).

Einen originellen und wichtigen Beitrag zur Debatte um den „öffentlichen Raum“ der Städte bietet Belina in einem Unterkapitel, in dem er den argumentativen Bezug auf „öffentlichen Raum“ als kriminalpolitische

Raumideologie kritisiert. Anschaulich stellt er auf der Basis einer Kritik des Habermaschen Öffentlichkeitsbegriffs dar, dass der Bezug auf „öffentlichen Raum“ lange Zeit mittels einer „Verräumlichung des idealistischen Konzepts von ‚Öffentlichkeit‘ (...) – ganz abstrakt – für ‚Zugang für alle‘ und damit für das Gute“ stand (S. 198). Vor dem Hintergrund veränderter polit-ökonomischer Rahmenbedingungen werde „öffentlicher Raum“ seit wenigen Jahren aber in Argumentationen eingebaut, die eine Gefährdung des „öffentlichen Raums“ durch bestimmte Gruppen konstatieren. Mit Bezug auf den Begriff „öffentlicher Raum“ werde dabei die Verdrängung bestimmter Gruppen und die Etablierung neuer Sicherheitspolitiken gerechtfertigt. Belina weist damit zurecht darauf hin, dass die Debatte um den „öffentlichen Raum“ in Stadtforschung und -planung bislang vielfach von einer idealistischen Naivität geprägt ist. Sein Fazit, „als Raumideologie steht ‚öffentlicher Raum‘ heute (...) für die Vertreibung von Minderheiten und Randgruppen und ein insgesamt ‚härteres Durchgreifen‘“, vermittelt allerdings den Eindruck, als habe „öffentlicher Raum“ eine Bedeutungsverschiebung erfahren, die abgeschlossen und nicht länger umstritten sei. Dabei erscheint es allerdings gerade interessant, wie mit Bezug auf den Begriff unterschiedliche Politiken legitimiert werden, d. h. um die Bedeutung von „öffentlicher Raum“ gerungen wird.

In einem eigenen Unterkapitel diskutiert Bernd Belina an Beispielen aus Deutschland und Großbritannien den Ausbau der Videoüberwachung von Straßen und Plätzen sowie die Verbreitung rechtlicher Grundlagen zu Aufenthaltsverboten und Platzverweisen als räumliche Methoden der Kriminalpolitik. Anhand einiger empirischer Beispiele verdeutlicht er, wie diese Methoden staatlichen Zugriff und Kontrolle ins Vorfeld verlagern: Verhaltensweisen, die nur „störend“, aber nicht „kriminell“ sind, geraten zunehmend in den Fokus kriminalpolitischer Methoden. Damit werden „störende“ Menschen mit kriminalpolitischen Methoden aus bestimmten Räumen verdrängt. Überflüssig, da in der Kürze unterkomplex, ist allerdings die knappe Diskussion über die „Vertreibungen jenseits der Kriminalpolitik“, in der Belina essayartig auf einige Zusammenhänge zwischen Städtebau und räumlicher Ausgrenzung verweist.

Im fünften Kapitel rekonstruiert Belina die „skalare Praxis in der Kriminalpolitik der USA“ (S. 231 ff.). Auf der Basis verschiedener historischer Arbeiten erzählt er dabei, wie die Kriminalpolitik in den USA zunächst lange Zeit in hohem Maße lokal organisiert war, sich dann im 20. Jahrhundert eine lange Phase der Zentralisierung identifizieren lässt und seit den späten 1980er Jahren eine „Renaissance“ der lokalen Ebene zu

beobachten ist. Schlüssig erscheint dabei v.a. die Beurteilung der „Wiederentdeckung der ‚community‘“ in der Kriminalpolitik als Skalenstrategie, in der gezielt bestimmte kriminalpolitische „Ideologien“ und „Methoden“ auf der lokalen Ebene angesiedelt werden.

Belina argumentiert von einem ideologiekritischen Standpunkt, in welcher der Forschende eine Wahrheit hinter den Ideologien herausarbeiten will. Eine kritische Reflexion der eigenen Rolle bei der Konstruktion dieser Wahrheit bietet die Arbeit allerdings nur in Ansätzen. So werden weder die Passung zwischen Theorie und Methodologie noch die eigentlichen Methoden dargestellt und diskutiert (Auswahl der Fallstudien, Auswahl und Interpretation der Quellen). Das empirische Vorgehen ähnelt über weite Strecken einem ideengeschichtlichen Vorgehen, indem auf der Basis verschiedener Dokumente versucht wird, „wahre“ Geschichte(n) herauszuarbeiten. Bei Aussagen wie „Den traditionell lokalen Polizeien, die nach Einschätzung *aller Beobachter/innen* ein Sumpf aus lokalen Nepotismus, Korruption und Inkompetenz sind...“ (S. 250), oder „weil sich (...) die Teilnahme von ‚Minderheiten‘ (...) als sinnvoll und funktional *erwiesen hat*“ (S. 251, jeweils Hervorhebung GG) bleibt unklar, wie diese Darstellungen belegt werden. Die Fallstudien lesen sich daher teilweise eher als Veranschaulichung denn als Konfrontation mit der Empirie. Belina scheint hier davon auszugehen, dass es eine einzige soziale Wahrheit gibt, die er als Wissenschaftler von seiner definierten Position rekonstruieren kann. Der Problematik eines solchen Vorgehens ist er sich zwar bewusst und setzt sich im Nachwort kurz mit der Kritik auseinander, die es provoziert. Er hofft, dass sich die Qualität seiner Aussagen dem Leser unmittelbar erschließen, indem sich „Wahrheiten (...) aus der praktischen Tätigkeit des Denkens ergeben ... (und sich dort) bewähren“ (S. 279). Es bleibt aber die Frage, wie bei einem solchen Vorgehen das Problem des Zirkelschlusses kontrolliert werden kann – dem Risiko, dass Forschende empirisch nur das finden, was sie erwarten.

Fazit: Die Dissertation von Bernd Belina ist ein sehr gut lesbarer und fundierter Beitrag zur Erklärung neuer Kriminal- und Sicherheitspolitiken in den Städten. Belina demonstriert eindrucksvoll den Erkenntnisgewinn, den eine marxistisch fundierte Geographie bieten kann. Schlüssig stellt er dar, wie neue Kriminalpolitiken mit Veränderungen polit-ökonomischer Strukturen zusammenhängen. Insbesondere die Diskussion von „Raum- und Skalenstrategien“ bereichert die Fachdiskussion in (Kritischer) Kriminologie, Stadtforschung und Geographie. Darüber hinaus wäre es wünschenswert, dass die von Belina geleistete kritische Auseinandersetzung mit *Broken Windows* und „öffentlicher Raum“ in die krimi-

nalpräventive und stadtplanerische Praxis in den Städten und Gemeinden transferiert wird. Ob allerdings neue Kriminalpolitiken ausschließlich auf Veränderungen polit-ökonomischer Strukturen zurückgeführt werden können und ob – wie Belina schreibt – die Kriminalisierung von Akten ausschließlich darauf zurückgeführt werden kann, dass der Staat den Warenverkehr zwischen Privaten sichert, ist zumindest zweifelhaft. So erscheint es bspw. fraglich, ob das Sexualstrafrecht, das Naturschutz- oder Tierschutzrecht allein mit polit-ökonomischen Strukturen erklärt werden können. Die Auseinandersetzung mit neueren Entwicklungen der Hegemonietheorie böte hier die Möglichkeit, die Beziehung zwischen Kriminalpolitiken und polit-ökonomischen Hintergründen weniger als determiniert zu fassen, sondern vielmehr die Durchsetzung hegemonialer Diskurse ins Blickfeld nehmen. So könnte auch analysiert werden, wie ein Konsens für Kriminalpolitiken geschaffen wird, der in verschiedenen Kontexten und historischen Phasen unterschiedlich legitimiert wird – in jüngster Zeit bspw. zunehmend mit Verweis auf eine Terrorgefahr und damit häufig letztlich mit einer kulturalistischen Argumentation. Ungeachtet dieser Kritik ist die Arbeit aber all jenen in höchstem Maße zu empfehlen, die sich in Wissenschaft und Praxis mit neuen Kriminal- und Sicherheitspolitiken in den Städten beschäftigen. Sie werden eine gut durchdachte und in sich stimmige Erklärungsmöglichkeit für die Verbreitung dieser Politiken kennenlernen.

Angeführte Literatur:

Mattisek, A.: Diskursive Konstitution von Sicherheit im öffentlichen Raum am Beispiel Frankfurt am Main. In: Stadt – (Un-)Sicherheit – Diskurs. Hrsg.: G. Glasze; R. Pütz; M. Rolfes. – Bielefeld 2005. = Urban Studies, S. 105–136

Miggelbrink, J.; Redepenning, M.: Die Nation als Ganzes? Zur Funktion nationalstaatlicher Semantiken. Ber. z. dT. Landeskunde 78 (2004) H. 3, S. 313–337

Schlottmann, A.: RaumSprache. Ost-West Differenzen in der Berichterstattung zur deutschen Einheit. Eine sozialgeographische Theorie. – München 2005. = Sozialgeographische Bibliothek 4

Georg Glasze (Mainz)



Kleger, F., Lomsky, A., Weigt, F. (Hrsg.)
Von der Agglomeration zur Städteregion.
Neue politische Denk- und Kooperationsräume
 Berlin: LIT-Verlag 2006. = Region Nation Europa, Bd. 41

Das Herauswachsen der Städte aus ihren historischen Grenzen in die Formation der Stadtregion gilt als einer der strukturbestimmenden Trends der räumlichen Entwicklung in den Industrieländern in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Dieser Prozess und seine unterschiedlichen Resultate sind Gegenstand dieses Sammelbands, der Stadtregionen aus einer politik- und verwaltungswissenschaftlichen Perspektive betrachtet. Die Grundthese des Buchs, soweit eine solche erkennbar ist, richtet sich auf die Frage, inwieweit der raum- und siedlungsstrukturellen Realität der Stadtregion auch eine angemessene politisch-institutionelle und zivilgesellschaftliche Organisation entspricht. Aus guten Gründen wird diese Frage verneint, und wesentliche Teile des Buchs sind auch als Plädoyer für eine solche politische Verfasstheit der Stadtregion (oder: Städteregion) zu verstehen.

Der Band versammelt 14 Einzelbeiträge, die sich überwiegend mit deutschen und europäischen Stadtregionen wie dem Ruhrgebiet, Berlin-Brandenburg, Frankfurt/Main, Hannover oder Stuttgart sowie mit London, der Randstad in den Niederlanden und dem mitteleuropäischen Zentralraum befassen, außerdem mit der westchinesischen Megacity Chungqing. Diesen Darstellungen ist eine Einleitung des Reihenherausgebers vorangestellt, außerdem bildet ein Text der Herausgeber dieses Bandes den Abschluss. Ein Beitrag zur Stadt- bzw. Städtepolitik der Europäischen Union (der aber ohne Bezug zur Stadtregion bleibt) sowie ein origineller Aufsatz zur „Schwulen Regionalisierung in der Städteregion Ruhr“ ergänzen gemeinsam mit einem konzeptionellen Beitrag zur Städteregion als bürgerschaftlichem Kooperationsraum das sonst praktizierte Schema der Überblicksdarstellung zu den einzelnen Stadtregionen und vertiefen ausgewählte Aspekte.

Diese etwas fragmentarische, auf den ersten Blick eher zufällig erscheinende Struktur des Sammelbands ist zugleich auch seine größte Schwäche. Die Einleitungs- und Schlussbeiträge im Buch fungieren nicht als Klammer, die eine Art roten Faden auslegt bzw. abschließend

überprüft, und es werden auch keine Ausgangsfragen gestellt, an denen sich die einzelnen Stadtregionsportraits jeweils zu messen hätten. Vielmehr wird in der Einleitung ein recht weites Feld räumlicher Probleme und Phänomene eröffnet, das mit einer ganzen Batterie von Allgemeinplätzen aufwartet. In einem beachtlich breiten Spektrum von Begriffsverwendungen geht es zwischen Stadt, Stadtregion, Städteregion und Agglomeration munter hin und her, wechseln sich eine Gesellschaftsanalyse der 1950er Jahre, raumwissenschaftliche Trends (wie die Herausbildung von Global Cities) und normative Konzepte wie das der Nachhaltigkeit unvermittelt ab. Entsprechend begrenzt muss bei aller Berechtigung des Themas an sich der Ertrag dieses Beitrags wie auch des abschließenden Textes gesehen werden. Selbst dort, wo viel Richtiges gesagt wird, fragt man sich, warum das alles noch einmal zusammengetragen und ausformuliert werden muss.

Umgekehrt erfahren Leser und Leserin in den Einzelbeiträgen durchaus interessante Einblicke in die Realität der behandelten Stadtregionen. Einige Darstellungen liest man insofern durchaus mit Gewinn. Dies gilt vor allem für solche Beiträge, die eher Reflexions- denn Portraitcharakter haben. Naturgemäß fallen Darstellungen, die durch hauptamtliche Repräsentanten der Stadtregionen verfasst sind, weniger distanziert und kritisch aus als andere Beiträge. Relativ knappe Überblicksdarstellungen zu Regionen wie Bonn/Rhein-Sieg/Ahrweiler, Hannover oder Stuttgart findet man vermutlich in dieser oder ähnlicher Form auch an anderen Stellen publiziert (nicht selten auch von den gleichen Autoren). Gegenüber diesen eher kurzen Beiträgen fallen andere Darstellungen wie diejenige zu Berlin-Brandenburg, zur „Ruhrstadt“ oder der Randstad durchaus positiv ins Gewicht, weil sie eine konturierte Fragestellung verfolgen und diese vergleichsweise differenziert argumentierend abarbeiten.

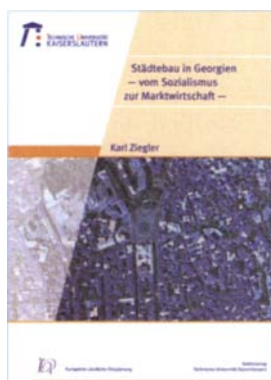
Insgesamt changiert das Werk stark zwischen einer Art raumwissenschaftlichen oder -planerischen Gesamtdarstellung einerseits und einer vertiefenden Darstel-

lung von Politik und Institutionen andererseits. Mehr Mut zu dem in der Literatur insgesamt eher unterrepräsentierten zweitgenannten Thema hätte sich womöglich in einem deutlichen wissenschaftlichen Mehrertrag dieser Schrift ausgewirkt (statt Entwicklungen nachzuzeichnen, die so oder ähnlich schon rezipiert wurden). Dazu müssten dann aber nicht nur die formalen Politik- und Planungsebenen und -institutionen einbezogen werden, sondern auch das darüber hinausreichende Akteursspektrum. Während das Buch in seinem Schlusstext das hohe Lied der Zivilgesellschaft intoniert, bleiben die meisten Beiträge in ihrer Analyse doch den formalen Institutionen verhaftet und lösen diesen Anspruch insofern nicht ein.

Die heterogene Struktur der Einzelbeiträge des Buchs und der meines Erachtens fehlende inhaltliche rote Fa-

den sind durchaus typisch für viele Sammelbände. Das könnte man auch zum Anlass nehmen, über diese häufig gewählte Form der wissenschaftlichen Publikation grundsätzlich nachzudenken: Die spezifische „Halbwertszeit“ von Sammelbänden ist recht kurz. Wer an Einzelbeiträgen interessiert ist, wird diese vielleicht mit Gewinn lesen. Dagegen fällt der Gehalt vieler Werke insgesamt im Vergleich zu Monographien oder Zeitschriftenbeiträgen eher gering aus. Wieviele „Tagungsbände“ füllen die Regale, ohne dass ihre Inhalte nennenswert im Gedächtnis haften blieben? Viele der mittlerweile in großer Zahl produzierten Sammelwerke verschwinden daher oft schnell von der Bildfläche. Dieses Schicksal droht, trotz einiger interessanter Einzelbeiträge, womöglich auch dem vorliegenden Werk.

Markus Hesse (Berlin)



Karl Ziegler

Städtebau in Georgien – vom Sozialismus zur Marktwirtschaft

Kaiserslautern: Selbstverlag TU Kaiserslautern 2006

Bei der Arbeit handelt es sich um eine Dissertation am Fachbereich Architektur, Raum- und Umweltplanung und Bauingenieurwesen der Technischen Universität Kaiserslautern. Der Autor befasst sich darin mit den durch den politischen und wirtschaftlichen Wandel bedingten Problemen des Städtebaus in Georgien. Dabei werden architektonische sowie wirtschafts- und siedlungsgeographische Aspekte behandelt, woraus die Anwendung eines disziplinübergreifenden Methodenmixes resultiert.

Bei einem Umfang von 381 Seiten beinhaltet die Monographie fünf Kapitel mit Tabellen, Schemata, Karten und Darstellungen sowie Fotos, ein Quellenverzeichnis mit 116 Publikationen der georgischen, sowjetischen und postsowjetischen städtebaulichen Schule des 20. Jahrhunderts sowie der Transformationsforschung. Durch Informationen, die bei Expertengesprächen mit georgischen Kollegen gesammelt worden sind, erhalten die Leser Informationen und Kommentare aus erster Hand. Die sehr informativen Anlagen könnten durch weitere wissenschaftliche Abhandlungen zu Urbani-

sierung und Siedlungsstruktur Transkaukasiens und Georgiens ergänzt werden.

Im einleitenden ersten Kapitel stellt der Verfasser in erster Linie methodische Fragen dar, darunter die Einordnung und Eingrenzung der Thematik, die Vorstellung des Bearbeitungsgegenstands sowie wesentliche Kenndaten zu Georgien und den weiter untersuchten Städten. Im Abschnitt Bevölkerung vermisst man allerdings einen differenzierenden Hinweis zur ethnischen Zusammensetzung.

Von großer Bedeutung ist das zweite Kapitel, das „Grundlagen und Vorgaben für den Städtebau in der ehemaligen Sowjetunion“ sowie deren Konsequenzen untersucht. Dargestellt werden Raumordnung und Stadtplanung sowie das Generalsiedlungsschema in der früheren Sowjetunion. Zu Recht sieht der Verfasser die sozialistische (städtebauliche) Philosophie bisweilen mit der Gegenwart in Georgien eng verbunden. Da sich die Urbanisierung sowohl in der ehemaligen UdSSR als auch in ihrer Teilrepublik Georgien haupt-

sächlich auf der Basis der Industrialisierung entwickelt hatte, resultierte daraus vielfach eine typisch schwache Herausbildung der städtischen Substanz und das Fehlen urbaner Qualitätsmerkmale. Logischerweise findet sich das Generalsiedlungsschema der Sowjetunion auch in Georgien wieder. Sehr ausführlich zitiert der Verfasser die wichtigsten Probleme, Ziele und Maßnahmen dieser bedeutenden raumplanerischen Programme. Stimmig analysiert er das regionale Siedlungsschema der Unionsrepublik Georgien und dessen Bearbeitungs- und Realisierungsetappen und versucht es aus heutiger Sicht zu bewerten. Sehr aufschlussreich sind auch die Ausführungen zu Innenstadtentwicklung und Stadtсанierung.

Im dritten Kapitel geht es um eine Analyse der Ausgangslage in Georgien ab 1991 und insbesondere um den Systemwandel und allgemeine Rahmenbedingungen sowie eine sehr detaillierte Darlegung der rechtlichen Grundlagen für den Städtebau im eigenständigen Staat Georgien.

Eine entscheidende Bedeutung für die Monographie hat das vierte Kapitel „Die Bedeutung städtebaulicher Regelungen und Instrumente“. Ausgehend von allgemeinen Thesen zur Stadtentwicklung versucht der Verfasser Aspekte der städtebaulichen Situation und von Fehlentwicklungen in Georgien darzulegen. Darüber hinaus werden zentrale Instrumente zur Steuerung der städtebaulichen Entwicklung in ausgewählten Ländern Europas (Deutschland, Frankreich, Schweiz und Tschechien) dargestellt. Entwicklungen der städtebaulichen Planung im postsowjetischen Georgien werden anhand von ausgewählten Beispielstädten aufgezeigt – wie im zweiten Kapitel sind es die Städte Tbilisi, Kutaisi, Gori und Signaghi. Neben den formellen Planungsansätzen werden auch informelle Instrumente wie Wettbewerbe sowie weitere Verfahrensansätze dargelegt. Zur Vervollständigung der Situation hätte man sich hier auch die Einbeziehung anderer bedeutsamer georgischer Städte wie z.B. Batumi gewünscht. Abschließend geht der Verfasser kurz auf die Grundsätze der Raumordnung ein und skizziert die sich daraus ergebenden Konsequenzen für die Raumordnung in Georgien. Eine Ergänzung der in diesem Kapitel durchgeführten soliden Analyse durch Darstellung der sozioökonomischen Veränderungen, Nutzungskonflikte und Gestaltdefizite wäre wünschenswert gewesen.

Die griffige Zusammenfassung im fünften Kapitel macht noch einmal die Ausgangssituation und die Rahmenbedingungen für den Städtebau in Georgien vor dem Hintergrund der sowjetischen Planwirtschaft deutlich. Der Verfasser formuliert auch Ansatzpunkte für die Entwicklung einer neuen Planungskultur in diesem Staat. Seine in diesem Zusammenhang wiederholten tiefenpsychologischen Betrachtungen über die georgische Mentalität gehören jedoch eher in den Bereich der Publizistik. Richtig ist allerdings die Feststellung, dass Gesetze nicht einfach übertragbar sind, sondern dass der kulturelle Kontext zu berücksichtigen ist. Dies gilt auch für Ideologien, wobei dieser Begriff nicht nur schablonenhaft auf die Planwirtschaft anzuwenden ist.

Das Werk geht detailliert auf zentrale Regelungsinhalte der städtebaulichen Planung ein. Sicher wäre es für den georgischen Adressaten von Nutzen, auch zu erfahren, dass in der Praxis perfekte Gesetze allein keinen perfekten Städtebau erzeugen. Oder waren etwa die brutalen und z.T. sozialunverträglichen „Flächensanierungen“ illegal, denen in westdeutschen Städten Tausende von denkmalwerten Gebäuden zum Opfer gefallen sind? Auch wären einige Hinweise über die flankierenden Instrumente zur Durchsetzung städtebaulicher Ziele hilfreich.

Zusammenfassend sei festgestellt, dass der Verfasser mit seiner gut gelungenen Arbeit eine nicht unbedeutende Lücke schließt. Die Hauptprobleme der sowjetischen und postsowjetischen Urbanisierung und des Städtebaus in Georgien werden ausführlich dargestellt und analysiert. Neben den anderen deutschsprachigen Untersuchungen des postsowjetischen Raums nimmt die Arbeit einen wichtigen Platz in der vergleichenden Betrachtung der Transformation der Stadträume in unterschiedlichen postsowjetischen Ländern (z.B. in der Russischen Föderation) ein. Wir hoffen, dass diese Arbeit bald auch für die russischen Leser zugänglich sein wird.

Dmitri Piterski (Essen)
Giorgio Bavaj (Aachen)



Hans Joachim Kujath, Sontje Schmidt (Hrsg.)
Umbau von Städten und Regionen in Nordostdeutschland.
Handlungsnotwendigkeiten und Handlungsperspektiven.
Räumliche Konsequenzen des demographischen Wandels, Teil 9
Hannover: Akademie für Raumforschung und Landesplanung
2007. = Arbeitsmaterial der ARL, Bd. 330 (298 S., farb. Abb.)

Strategien für den Norden Ostdeutschlands?

Abnahme und Alterung der Bevölkerung als deutschlandweite Phänomene, die Ostdeutschland in besonders dramatischer Weise treffen, sind mittlerweile ein unumstrittener, wissenschaftlich belegter und aufbereiteter Allgemeinplatz. Es fehlen allerdings handlungsorientierte Strategien für einen politischen und planerischen Umgang mit Schrumpfung, die über pauschale Patentrezepte hinausgehen. Hier setzt der Sammelband an: In einer Verbundforschungsperspektive bearbeiten Mitglieder der Landesarbeitsgemeinschaft Berlin/Brandenburg/Mecklenburg-Vorpommern der ARL die „Räumlichen Konsequenzen des demographischen Wandels“. Wirkungen demographischer Prozesse auf regionale und lokale Politikfelder sollen mittels Fallstudien diskutiert und – so verspricht es der Klappentext – „nachhaltige Strategien und Handlungskonzepte“ vermittelt werden.

Die Beiträge beziehen sich auf die dünn besiedelten Regionen Nordostdeutschlands und deren Klein- und Mittelstädte als Ankerpunkte im soziodemographischen und wirtschaftlichen Schrumpfungsprozess sowie die Metropole Berlin und ihr Umland. Die fast 300 Seiten gliedern sich in vier thematische Blöcke: „Einfluss des demographischen Wandels auf verschiedene raumrelevante Politikfelder“ (vier Beiträge), „Klein- und Mittelstädte im ländlichen Raum“ (drei Beiträge), „Dünn besiedelte ländliche Räume – Entwicklungsszenarien“ (zwei Beiträge) sowie „Metropolregion Berlin – Vorreiter des Umbauprozesses?“ (zwei Beiträge). Gerahmt werden sie durch eine methodische und eine inhaltliche Einführung sowie eine abschließende Zusammenfassung.

Schwitzer verdeutlicht in seinem soliden Überblick die grundlegenden Konsequenzen der beschleunigten Bevölkerungsalterung und -abnahme in ostdeutschen Regionen für die zukünftige Versorgungssituation betreuungs- und pflegebedürftiger älterer Menschen. *Janke/Michel/Schulz* stellen eindrucksvoll

die Auswirkungen des demographischen Wandels auf die Entwicklung des Schulbereichs und der Gesundheitsversorgung im Landkreis Ostprignitz-Ruppin dar. *Dehne/Hannemann* leuchten mit ihrer Untersuchung kleiner Städte in den Peripherieregionen Mecklenburg-Vorpommerns und Brandenburgs die konzeptionell vielversprechende, da interdisziplinäre Forschungsperspektive der „Kleinstadtforschung“ aus. Zudem bieten die rahmenden Beiträge von *Kujath/Pohle/Schmidt* sowie der Überblick von *Hübler/Kujath* über den Stand der Raumentwicklungspolitik in Nordostdeutschland einen guten Einblick in die aktuelle Diskussion dieser ARL-Arbeitsgruppe.

Die auf Berlin bezogenen Beiträge von *Schmidt* und *Wolter* geraten etwas grobkörnig und einseitig fokussiert auf Wissensökonomie, kreative Milieus und Kommunikation. Sie präsentieren eher eine Zusammenschau aktueller Entwicklungspfade der Hauptstadt und darauf aufbauender Forschungserkenntnisse. Um tatsächlich „Fallstudien“ vorzulegen, wäre ein Verlassen der Globalperspektive zugunsten einer detaillierten Untersuchung einzelner ausgewählter Entwicklungen angebracht gewesen.

Die Beiträge von *Beyer/Saupe* (bezogen auf das Amt Lenzen-Elbtalaue) und von *Weith/Hübler/Müller* (für den „äußeren Entwicklungsraum“ Brandenburgs) kommen dem Ziel des Bandes nahe, „nachhaltige Strategien“ zu präsentieren. Sie versuchen, unter Verwendung der Szenariomethode den Diskussionen über die Entwicklungsperspektiven ländlicher Regionen eine solide Grundlage zu geben und Ansatzpunkte für mögliche Veränderungen aufzuzeigen. Dabei wird deutlich: Der „Konzept- und Instrumentenkasten“ (S. 224) scheint vorzuliegen, und dennoch scheitert die Umsetzung. Erste Anknüpfungspunkte zur Ursachenklärung bietet der Sammelband selbst. So analysiert *Kühn* für die schrumpfenden Mittelstädte Brandenburg/Havel und Neuruppin die zentrale Bedeutung lokaler Eliten als Blockierer oder Gestalter von Regenerierungsstrate-

gien. Auch *Dehne/Hannemann* unterstreichen die Notwendigkeit einer Untersuchung lokaler Akteurskonstellationen, richten ihr Augenmerk dabei allerdings nicht nur auf Politik- und Wirtschaftseliten, sondern gleichermaßen auf die lebensweltlichen Potenziale kleiner Städte und das Sozialkapital ihrer Bewohner.

Wer sich einen Überblick über die Forschungsausrichtung der AG und ihrer Mitglieder verschaffen möchte, ist mit dem Sammelband gut beraten. Die Stärken des von 19 verschiedenen Autoren zusammengetragenen Bandes liegen im Wechselspiel aus makroskopisch überzeugender und wohlinformierter Darlegung der regionalen Rahmenbedingungen sowie einzelnen, mikroskopisch dichten Bestandsaufnahmen der konkreten Schrumpfsfolgen in ausgewählten Fallbeispielen.

Teile dieser Zusammenstellung aktueller, zuvorderst demographisch induzierter Entwicklungen im Norden Ostdeutschlands überzeugen. Derjenige Leser allerdings, der auf die im Klappentext angekündigte Auswahl nachhaltiger Handlungskonzepte zum Umgang mit Schrumpfsprozessen hofft, wird enttäuscht. Jedoch bieten insbesondere die beiden letztgenannten Aufsätze wertvolle Hinweise zur weiteren, praxisbezogenen Erforschung und kritischen Begleitung des demographischen Wandels in Nordostdeutschland – dafür stellen problemorientierte Bestandsaufnahmen wie die vorliegende eine gute Voraussetzung dar.

Miriam Fritsche (Berlin)